

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Teil 1 Das Schadenersatzrecht im Gefüge des Rechtsgüterschutzes	
I. Überblick	3
A. Beeinträchtigung durch den Rechtsinhaber selbst	3
B. Beeinträchtigung durch Zufall (casus)	3
C. Rechtsverletzung durch einen anderen	3
1. Rechtsschutz durch Bestrafung des Täters	4
2. Rechtsschutz durch Einräumung eines Anspruchs	4
a. Schutz vor Schädigung durch rechtmäßige Handlung – Entschädigung	4
b. Schutz vor Schädigung durch rechtswidrige Handlung – zivilrechtliche Rechtsbehelfe	4
II. Beseitigungs- und Unterlassungsanspruch	5
A. Grundlage des Beseitigungs- und Unterlassungsanspruchs	5
1. Der Stand der Diskussion	5
a. Lehre vom Ausschließlichkeitsrecht	5
b. Lehre von der unerlaubten Handlung	6
c. Lehre von der rechtswidrigen Verletzung	6
d. Dualistische Lehre	7
e. Kritik an den bisher vertretenen Ansichten	8
2. Lehre von der Pflicht zum Schutz der Grundrechte	9
a. Begründung des Beseitigungs- und Unterlassungsanspruchs	9
b. Voraussetzungen des Schutzes von Rechten	10
c. Rechtfertigung der Beschränkung der Rechte des Täters	10
III. Vorteilsabschöpfung	11
A. Problemstellung	11
1. Grenzen des Schutzes gegenüber Rechtsverletzungen	11
2. Problemstellung	11
a. Erlangung eines Vorteils durch unbefugte Nutzung eines fremden Rechtsguts	11

b.	Erlangung eines Vorteils durch eigenes Können und Arbeit	12
B.	Der Stand der Diskussion im Zivilrecht	12
1.	Ablehnung des Herausgabeanspruchs	12
2.	Anerkennung des Herausgabeanspruchs	12
a.	Zurechnung des Vorteils zum Rechtsinhaber – unechte Geschäftsführung ohne Auftrag	13
b.	Sanktion der unbefugten Nutzung	13
C.	Lösung de lege ferenda	14
IV.	Andere Rechtsbehelfe des Geschädigten	14
A.	Grenzen des Schadenersatzrechts	14
1.	Beschränkungen durch die erforderlichen Voraussetzungen	15
2.	Beschränkungen aufgrund der finanziellen Mittel des Schädigers	15
3.	Beschränkungen aufgrund des zur Geltendmachung von Ansprüchen erforderlichen Verfahrens	15
B.	Das Schadenersatzrecht ergänzende Institute – Haftpflichtversicherung	15
1.	Bedeutung	15
2.	Funktion	15
C.	Vom Schadenersatzrecht unabhängige Institute	16
1.	Abhilfe durch die Gemeinschaft der potentiellen Verursacher – Unfallversicherung	16
a.	Konkrete Beispiele	16
b.	Besonderheiten	16
2.	Hilfe durch den Staat – Sozialversicherung	17
a.	Entschädigung für Opfer von Straftaten	17
b.	Sozialhilfe	17
 Teil 2 Die Aufgaben des Schadenersatzrechts		
I.	Ausgleich des Schadens	19
A.	Ausgleich des Schadens – Schutz der Rechte des Geschädigten	19
B.	Beschränkung der Rechte des Schädigers durch den Schutz des Geschädigten – Achtung der Rechte des Schädigers	19
II.	Prävention und Sanktion	19
A.	Tatsächliche Funktionen	20
1.	Präventionsfunktion	20
2.	Sanktionsfunktion	20
B.	Präventions- bzw Sanktionsfunktion	20
1.	Bejahung der Präventions- und Sanktionsfunktion	20
2.	Ablehnung der Präventions- und Sanktionsfunktion	21

Teil 3	Struktur des Rechts der unerlaubten Handlungen	
I.	Überblick über das System des Deliktsrechts in Japan	23
A.	Allgemeine Regelung	23
1.	Haftungsvoraussetzungen	23
a.	Grundvoraussetzungen	23
b.	Ausschluss der Haftung – Entschuldigungsgründe	23
2.	Rechtsfolgen	24
a.	Schadenersatz	24
b.	Weitere Rechtsbehelfe	25
B.	Besondere Regelungen	25
1.	Unerlaubte Handlung unter Beteiligung mehrerer	25
a.	Haftung aufgrund der Handlung eines anderen	25
b.	Haftung mehrerer Schädiger	26
2.	Schädigung durch eine Sache	26
a.	Zivilgesetz	26
b.	Sondergesetze	26
II.	Voraussetzungen der allgemeinen Schadenersatzhaftung – Rechtsverletzung, Rechtswidrigkeit und Verschulden	27
A.	Ausgangspunkt	27
1.	Die Regelung des Art 709 ZG	27
2.	Das Verständnis der Verfasser des ZG	27
a.	Bedeutung der Rechtsverletzung als Haftungsvoraussetzung	28
b.	Bedeutung des Verschuldens als Haftungsvoraussetzung	28
B.	Das Entstehen der traditionellen Ansicht	28
1.	Wende der Rechtsprechung	29
a.	Rechtsprechung in der Anfangszeit	29
b.	Änderung der Rechtsprechung	29
2.	Die Entwicklung der herrschenden Lehre – von der Rechtsverletzung zur Rechtswidrigkeit	29
a.	Das Entstehen der Lehre von der Rechtswidrigkeit	29
b.	Beurteilung der Rechtswidrigkeit	30
3.	Der Verschuldensbegriff	32
a.	Subjektive Seite des Verschuldensbegriffs	32
b.	Objektive Seite des Verschuldensbegriffs	33
C.	Verwirrung in der deliktsrechtlichen Lehre	33
1.	Vereinheitlichung unter dem Begriff des Verschuldens	33
a.	Argumente für die Vereinheitlichung	33
b.	Beurteilungsmaßstab für das Verschulden	34
2.	Striktere Anwendung der Lehre von Rechtswidrigkeit und Verschulden	35

a.	Vorwurf gegenüber dem Schädiger	35
b.	Begriff der Rechtswidrigkeit und des Verschuldens	35
3.	Abkehr vom Abstellen auf Rechtswidrigkeit und Verschulden	36
a.	Rechtsverletzung	37
b.	Vorsatz und Fahrlässigkeit	37
D.	Rückkehr zur liberalistischen rights thesis	37
1.	Notwendigkeit des Rechtsschutzes	37
a.	Vom Deliktsrecht erfasste Rechte und rechtlich geschützte Interessen	37
b.	Deliktsrecht als Instrument zum Schutz der Grundrechte	38
2.	Einschränkung von Rechten durch Rechtsschutz	38
a.	Übermaßverbot	38
b.	Bedeutung des Verschuldensprinzips	38
Teil 4	Vertragshaftung und Deliktshaftung	
I.	Schadenersatz	39
A.	Die Regelung des ZG	39
1.	Voraussetzungen der Vertragshaftung	39
a.	Nichterfüllung	39
b.	Vertretenmüssen des Schuldners	39
2.	Probleme	40
B.	Der Begriff der Nichterfüllung	40
1.	Differenzierung nach Art der Nichterfüllung	40
a.	Argumentation	40
b.	Rezeption der deutschen Lehre	40
2.	Abstellen auf die Struktur des Schuldverhältnisses	41
a.	Argumentation	41
b.	Einfluss des deutschen Rechts	41
3.	Von der einheitlichen Nichterfüllungslehre zur Lehre von der Vertragsverletzung	41
a.	Einheitliche Nichterfüllungslehre	41
b.	Lehre von der Vertragsverletzung	42
4.	Zivilgesetzreform	42
a.	Änderung in Bezug auf die Nichterfüllung	42
b.	Änderung in Bezug auf die vom Schuldner zu vertretenden Umständen	43
II.	Erweiterung der vertraglichen Pflichten hinsichtlich ihres Gegenstandes – Schutz des Integritätsinteresses	43
A.	Problematik	43

1.	Verletzung des Integritätsinteresses im Vertragsverhältnis	43
2.	Unterschiede zwischen Delikts- und Vertragshaftung	44
B.	Begründung der Vertragshaftung	44
1.	Strukturanalyse des Schuldverhältnisses	44
a.	Schutzpflichten als Vertragspflichten	44
b.	Begründung der Schutzpflicht	45
2.	Richterliche Rechtsfortbildung – die Pflicht, für die Sicherheit des Vertragspartners Sorge zu tragen	45
a.	Pflicht des Arbeitgebers, für die Sicherheit des Arbeitnehmers zu sorgen	45
b.	Ausdehnung auf andere Vertragsverhältnisse	46
3.	Die Lehre von der Vertragsverletzung	46
a.	Bestimmung des Vertragsinhalts	46
b.	Reichweite der Vertragshaftung	47
III.	Erweiterung der Vertragspflichten in zeitlicher Hinsicht – Culpa in contrahendo	47
A.	Natur der Haftung	47
1.	Culpa in contrahendo	47
2.	Notwendigkeit der culpa in contrahendo in Japan	48
a.	Möglichkeit der Einordnung als Deliktshaftung	48
b.	Praktische Bedeutung der unterschiedlichen Verjährungsfristen	48
B.	Fallgruppen bei Nichtabschluss des Vertrages	48
1.	Abbruch der Vertragsverhandlung	48
a.	Rechtsprechung	49
b.	Lehre vom »Reifegrad des Vertrages«	49
2.	Unfall bei Vertragsschluss	49
C.	Fallgruppen bei Abschluss des Vertrages	50
1.	Unwirksamkeit des Vertrages	50
a.	Haftungsbegründung	50
b.	Haftungsinhalt	50
2.	Unzulässige Veranlassung zum Vertragsschluss	50
a.	Problematik	51
b.	Informationspflicht als Unterlassungspflicht	51
c.	Informationspflicht als Handlungspflicht	52
d.	Entwicklung von der deliktischen zur rechtsgeschäftlichen Haftung	53
Teil 5	Die Grundvoraussetzungen der Deliktshaftung	
I.	Schaden	55
A.	Der Schadensbegriff	55

1.	Rechnerischer Schaden – Differenztheorie	55
a.	Kumulation einzelner Schadensposten	55
b.	Berechnung	56
c.	Kritik	56
2.	Schaden als tatsächlicher Schaden	57
a.	Konkreter Schaden	57
b.	Umfassender Schadensbegriff	59
B.	Das Verhältnis zwischen Rechtsverletzung und Schaden	59
1.	Gleichsetzung von Rechtsverletzung und Schaden	59
a.	Lehre von der Vermögensverminderung	59
b.	Wertverlust	60
2.	Differenzierung zwischen Rechtsverletzung und Schaden – normativer Schadensbegriff	61
a.	Normativer Schadensbegriff	61
b.	Abstufung des Schadensbegriffs	62
C.	Immaterieller Schaden und Schmerzensgeld	63
1.	Zweck des Schmerzensgelds	63
a.	Lehre von der Wiederherstellung des früheren Zustandes	63
b.	Sanktion und Prävention	65
2.	Berechnung des Schmerzensgeldes	66
a.	Konkrete Bemessung	66
b.	Pauschalierung – feste Schmerzensgeldbeträge	67
D.	Schaden durch unerwünschte Geburt eines Kindes	67
II.	Kausalität	67
A.	Begriff der Kausalität	67
1.	Allgemeine Bedeutung der Kausalität	67
2.	Verhältnis von Ursache und Wirkung	67
a.	Unterschied zwischen Kausalität und Begrenzung der Zurechnung	68
b.	Wesen der Kausalitätsprüfung	68
B.	Prüfung	69
1.	Prüfungsmaßstab	69
a.	Notwendige Bedingung	69
b.	Gesetzmäßigkeit	69
2.	Anknüpfungspunkte der Kausalität – Ursache und Erfolg .	70
a.	Ursache – Verhalten des Schädigers	70
b.	Erfolg – Rechtsverletzung	71
C.	Ursachenkonkurrenz	72
1.	Konkurrenz mit Naturgewalten	73
a.	Problematik	73

b. Kausalität	73
c. Kein Problem der Kausalität	74
2. Konkurrenz mit anderen Schädigungshandlungen	75
a. Kumulative Kausalität	75
b. Notwendiges Zusammenwirken mehrerer Ursachen	76
3. Sonderregelungen über die gemeinschaftliche Begehung unerlaubter Handlungen	76
a. Die Regelung des ZG und deren Problematik	76
b. Weiter Anwendungsbereich von Art 719 Abs 1 Satz 1 ZG	77
c. Enger Anwendungsbereich von Art 719 Abs 1 Satz 1 ZG	77
D. Beweis der Kausalität	79
1. Beweismaß	79
a. Hohe Wahrscheinlichkeit	79
b. Maßstab für die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit	80
2. Beweislast	80
a. Grundregel	80
b. Ausnahme	80

Teil 6 Zurechnungselemente

I. Notwendigkeit der Begründung der Zurechnung	83
A. Ausgleich zwischen den Rechten der Parteien	83
1. Schadenswiedergutmachung – Schutz der Rechte des Geschädigten	83
2. Beschränkung der Rechte des Schädigers durch den Schutz des Geschädigten – Achtung der Rechte des Schädigers	83
B. Prinzipien der Zurechnung	83
1. Verursachung	83
2. Verschulden	84
a. Haftungsbegründung – Vorwurf gegenüber dem Handelnden	84
b. Haftungsbefreiungsgrund – Schutz der Handlungsfreiheit des Handelnden	84
3. Verschuldensunabhängige Haftung – Gefährdungshaftung	84
a. Notwendigkeit der verschuldensunabhängigen Haftung	84
b. Zurechnungsprinzipien der verschuldensunabhängigen Haftung	84
II. Rechtsverletzung und Rechtswidrigkeit	85
A. Voraussetzungen	85
1. Rechtsverletzung – Schutz der Rechte des Geschädigten	85
2. Vorsatz bzw Fahrlässigkeit – Beschränkung der Rechte des Schädigers	85

B.	Verschiedene Erscheinungsformen	86
1.	Art des verletzten Rechts	86
a.	Herrschaftsrechte	86
b.	»Korrelative Rechte«	87
2.	Art des Eingriffs	88
a.	Physische Eingriffe	89
b.	Eingriff in die Entscheidung – Zusammenfallen mehrerer Aspekte	89
C.	Verletzung von relativen Vermögensrechten – Forderungsverletzung	89
1.	Problematik	89
a.	Dazwischentreten des Schuldners	90
b.	Erkennbarkeit	90
2.	Traditionelle Ansicht – Beurteilung des Grades der Rechtswidrigkeit	90
a.	Beurteilung der Rechtswidrigkeit	90
b.	Forderungsverletzung	90
c.	Kritikpunkte	93
3.	Lehre von der Vertragsverletzung	94
a.	Ansatz	95
b.	Sinn der Kategorisierung	95
c.	Faktische Handlung – Eingriff in den Vertrag durch eine faktische Handlung	96
d.	Rechtsgeschäft – Vertragsverletzung durch Vertrag	96
D.	Verletzung öffentlicher Vermögensrechte – Beeinträchtigung der Nachbarn und der Umwelt	101
1.	Problematik	101
a.	Das Recht am Genuss der Umwelt	101
b.	Art und Weise des Eingriffs	101
c.	Gegenstand des Eingriffs	101
2.	Positive Verletzung – Schädigung von Gesundheit und Lebensführung durch Lärm	102
a.	Duldungsgrenze	102
b.	Beurteilungsmaßstab bezüglich der Duldungsgrenze ...	102
E.	Korrelative Persönlichkeitsrechte – Privatsphäre	105
1.	Begriff der Privatsphäre	105
a.	Recht auf Geheimhaltung des Privatlebens	105
b.	Recht auf Kontrolle der Informationen	106
2.	Prüfung der Verletzung der Privatsphäre	106
a.	Voraussetzungen für den Schutz der Rechte des Geschädigten – Verletzung der Privatsphäre	106

	b. Voraussetzungen für die Beschränkung der Rechte des Schädigers	107
III.	Verschulden	107
	A. Der Begriff des Verschuldens	107
	1. Subjektiver Verschuldensbegriff	107
	a. Bedeutung des Begriffs	108
	b. Zweck	108
	2. Objektiver Verschuldensbegriff	108
	a. Bedeutung des Begriffs	108
	b. Zweck	108
	B. Gegenstand des Verschuldens	109
	1. Problematik	109
	a. Gegenstand des Verschuldens	109
	b. Pflicht zur Vermeidung des Erfolgs	109
	2. Vermeidbarkeit	110
	a. Vorhersehbarkeit als alleinige Voraussetzung der Vermeidungspflicht	110
	b. Vermeidbarkeit als zusätzliche Voraussetzung zur Vorhersehbarkeit	110
	3. Vorhersehbarkeit	112
	a. Notwendigkeit der Vorhersehbarkeit	112
	b. Verschärfung der Pflicht, sich zu bemühen, den Schaden vorherzusehen	113
	c. Einordnung der Nachforschungspflicht	117
	C. Verschuldensmaßstab	118
	1. Methode zur Beurteilung der Fahrlässigkeit	118
	a. Learned Hand-Formel	118
	b. Methode der Abwägung zwischen verschiedenen Rechten	120
	2. Maßstab hinsichtlich der Person	122
	a. Culpa in concreto und in abstracto (konkretes und abstraktes Verschulden)	122
	b. Arten der culpa in abstracto (abstraktes Verschulden) – am Beispiel der Arzthaftungsfälle	123
IV.	Sonstige Fehler in der eigenen Sphäre	125
	A. Fehlerhaftes Verhalten von Personen	125
	1. Gehilfenhaftung	125
	a. Regelung der Gehilfenhaftung	125
	b. Wesen der Gehilfenhaftung	125
	2. Haftung des Aufsichtspflichtigen	130
	a. Bedeutung	130
	b. Haftungsvoraussetzungen	132

	c. Analoge Anwendung des Art 714 ZG	135
	d. Haftung des Aufsichtspflichtigen bei Deliktsfähigen	136
	B. Mängel von Sachen	138
	1. Haftung des Besitzers oder Eigentümers eines mit einem Grundstück verbundenen Werks	138
	a. Bedeutung	138
	b. Zweck	139
	2. Produkthaftung	140
	a. Bedeutung	140
	b. Besonderheiten	140
V.	Gefährdung	141
	A. Bedeutung der Gefährdungshaftung	141
	1. Notwendigkeit der Gefährdungshaftung	141
	a. Gesellschaftliche Notwendigkeit der Gefahrenquelle	141
	b. Unfall ohne Verschulden	141
	2. Zurechnungsprinzipien der verschuldensunabhängigen Haftung	142
	a. Prinzip der Haftung für eine Gefahr	142
	b. Prinzip der Haftung wegen Erzielung eines Vorteils	142
	B. Gesetzliche Regelungen der Gefährdungshaftung	142
Teil 7	Begrenzung der Zurechnung	
I.	Beschränkung der Kausalität	145
	A. Adäquanztheorie	145
	1. Definition der adäquaten Kausalität	145
	a. Begriff	145
	b. Bedeutung	145
	2. Analoge Anwendung von Art 416 ZG	145
	a. Verständnis von Art 416 ZG	145
	b. Analoge Anwendung auf unerlaubte Handlungen	146
	3. Probleme bei der Adäquanztheorie	146
	a. Anwendbarkeit für Japan	146
	b. Unklarheit des Beurteilungsmaßstabs	147
	B. Dreistufiger Ansatz	147
	1. Faktische Kausalität	148
	2. Schutzbereich	148
	3. Schadensberechnung	148
II.	Maßstab zur Festlegung des Schutzbereichs	148
	A. Einheitlichkeit	148
	1. Adäquanztheorie	148
	2. Schutzzweck der Pflicht	148

	a. Bedeutung	148
	b. Beurteilungsmaßstab	149
	B. Unterscheidung zwischen Erst- und Folgeverletzung	149
	1. Erstverletzung – Schutzzweck der Pflicht	150
	2. Folgeverletzung – Rechtswidrigkeitszusammenhang	150
	a. Begriff des Rechtswidrigkeitszusammenhangs	150
	b. Zugrundeliegende Idee	150
III.	Arten von Folgeverletzungen	151
	A. Folgeverletzung beim selben Geschädigten	151
	1. Schädigung durch einen Dritten	151
	a. Einheitstheorie	151
	b. Unterscheidung zwischen Erst- und Folgeverletzung – Rechtswidrigkeitszusammenhang	152
	2. Schädigung durch sich selbst	152
	a. Einheitstheorie	153
	b. Unterscheidung zwischen Erst- und Folgeverletzung – Rechtswidrigkeitszusammenhang	153
	B. Folgeverletzung eines anderen – mittelbar Geschädigte	154
	1. Schädigung naher Verwandter	154
	a. Übernahme des Schadens	154
	b. Eigener Schaden	155
	2. Schaden des Unternehmers	156
	a. Frage des Schutzbereichs	156
	b. Frage des Anspruchsberechtigten	158
 Teil 8 Der Ersatz des Schadens		
I.	Art des Ersatzes	161
	A. Schadenersatz in Geld	161
	1. Grundsatz des Ersatzes in Geld	161
	2. Art des Ersatzes in Geld	161
	a. Ersatz durch Einmalzahlung	161
	b. Ersatz durch Rentenzahlung	162
	c. Gerichtliche Praxis	162
	d. Lösungsansätze im Zivilprozessrecht	163
	B. Naturalrestitution	163
	1. Grundregel	163
	2. Ausnahme	163
II.	Berechnung des Schadenersatzes	164
	A. Berechnungsmethode	164
	1. Kumulation einzelner Schadensposten	164
	2. Umfassende Schadensberechnung	164

B.	Zu berücksichtigende Umstände bei der Schadensberechnung	164
1.	Tatsächliche Änderungen in den Einnahmen und Ausgaben	164
a.	Konkrete Schadensberechnung	164
b.	Abstrakte Schadensberechnung	164
2.	Berücksichtigung der individuellen Besonderheiten des Geschädigten	165
a.	Individuelle Berechnung	165
b.	Pauschal-abstrakte Berechnung	165
III.	Minderung des Ersatzbetrags	166
A.	Vorteilsausgleich	166
1.	Begriff	166
2.	Begründung	166
a.	Differenztheorie	166
b.	Grundsatz des Bereicherungsverbots	167
3.	Gegenstand	167
a.	Differenztheorie	167
b.	Bereicherungsverbot	168
B.	Mitverschulden	168
1.	Übersicht	168
a.	Berücksichtigung des Verschuldens	169
b.	Minderung der Höhe des Ersatzes	169
2.	Bedeutung des »Verschuldens« des Geschädigten	169
a.	Rücküberwälzung des Schadens auf den Geschädigten	169
b.	Beschränkung des Haftungsumfangs des Schädigers ...	172
C.	Ausweitung des Mitverschuldens – Veranlagung des Geschädigten	174
1.	Bejahung der Berücksichtigung der Veranlagung des Geschädigten	174
a.	Gegenstand der Berücksichtigung	174
b.	Rechtfertigung der Berücksichtigung	175
2.	Ablehnung der Berücksichtigung der Veranlagung des Geschädigten	177
a.	Begründung	177
b.	Berücksichtigung im Rahmen des Mitverschuldens	178
D.	Minderung der Ersatzpflicht	178
Teil 9	Die Verjährung von Schadenersatzansprüchen	
I.	Kurze Frist nach Art 724 Satz 1 ZG	179
A.	Die Bedeutung der kurzen Verjährungsfrist	179
1.	Das Wesen der kurzen Verjährungsfrist	179

a.	Verjährung von Forderungen	179
b.	Kurze Verjährungsfrist für Schadenersatzansprüche aus unerlaubter Handlung	179
2.	Grund für die kurze Verjährungsfrist	179
a.	Vermeidung von Beweisschwierigkeiten	180
b.	Nachlassen des Gefühls, einen Schaden erlitten zu haben	180
c.	Schutz des Vertrauens des Schadenersatzpflichtigen ...	181
B.	Beginn des Fristenlaufs	182
1.	Bedeutung	182
2.	Kenntnis von der unerlaubten Handlung	182
3.	Kenntnis vom Schädiger	183
4.	Kenntnis vom Schaden	183
a.	Bedeutung	183
b.	Fortdauernde unerlaubte Handlung	184
c.	Folgeerkrankungen	184
II.	Lange Frist nach Art 724 Satz 2 ZG	186
A.	Zweck der langen Frist	186
1.	Wesen der langen Frist	186
a.	Problematik	186
b.	Verjährung	186
c.	Ausschlussfrist	187
2.	Möglichkeit der Hemmung des Fristenlaufs	188
a.	Problematik	188
b.	Ablehnung der Hemmung	189
c.	Befürwortung der Hemmung	189
B.	Beginn der langen Frist	189
1.	Zeitpunkt der schädigenden Handlung	189
2.	Zeitpunkt des Schadenseintritts	190
a.	Beispiele	190
b.	Begründung	190
III.	Zivilgesetzreform	190
A.	Änderungen in Hinblick auf die lange Frist	191
B.	Sondervorschriften über die Verjährung von Schadenersatz- ansprüchen aufgrund der Verletzung von Leben und Körper ...	191
	Die wichtigsten Bestimmungen des japanischen Schadenersatzrechts	193
	Sachverzeichnis	201
	Veröffentlichungen	213